

# N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der  
Bezirksvertretung 1  
am 12.05.2006

**Beginn der Sitzung: 14:10 Uhr**

## Tagesordnung:

### I. Öffentlicher Teil

- 1 Anerkennung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift 03/2006 vom 07.04.2006
- 3 Zulassung von Sachverständigen
- 4 171 97/2006 Warenhaus Hartoch - mündlicher Bericht -
- 5 61/ 59/2006 Bebauungsplan Nr. 5479/067 - Tannenstraße -  
Bürgerinformation; erneute Beschlussfassung zur öffentlichen  
Auslegung
- 6 61/ 70/2006 61/12-1854 - Nördliches Derendorf -  
Änderung Aufstellungsbeschluss
- 7 61/ 66/2006 Bebauungsplan Nr. 5578/041 -Neue Stadtquartiere Derendorf-  
Änderung Aufstellungsbeschluss; Bericht Öffentlichkeitsbeteili-  
gung; Bericht Behördenbeteiligung; öffentliche Auslegung
- 8 61/ 71/2006 Plan Nr. 5579/059 - Schlachthofgelände / Schlösserareal -  
Kooperatives städtebauliches Gutachterverfahren
- 9 66/ 65/2006 Bebauung des Rheinmetallgeländes im Stadtteil Derendorf  
- Planungsbeschluss -
- 10 66/ 60/2006 Attraktivierung der Graf-Adolf-Straße im Bereich zwischen Kö-  
nigsallee und Karl-Rudolf-Straße / Oststraße  
- Planungsbeschluss -
- 11 171 79/2006 Ausbau eines Ersatzstandortes für Taxen auf der Harkortstraße
- 12 171 82/2006 Neugestaltung Münsterplatz
- 13 171 80/2006 Bücherbummel auf der Königsallee im Jahre 2006
- 14 60/ 63/2006 Bauliche Maßnahmen zur Einrichtung der Offenen Ganztags-  
schule in Düsseldorfer Grundschulen sowie in Förderschulen mit  
Primarstufe
- 15 171 95/2006 Schulcontainer Humboldt-Gymnasium - Tischvorlage -
- 16 171 81/2006 Eingeschränktes Haltverbot auf der Münsterstraße zwischen  
Rather Straße und Ulmenstraße in Fahrtrichtung stadteinwärts  
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 17 171 105/2006 Baustelleneinrichtung und Baustellenverkehr Tersteegenstraße  
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 18 171 88/2006 Verkehrssicherheit im Bereich der Verkehrsinsel  
Blücherstraße/Parkstraße  
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 19 171 91/2006 Gehweg entlang der Berger Allee in Richtung Stadtmuseum  
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 20 171 92/2006 Instandsetzung des Gehweges im Bereich Berger Allee  
bis Carlstor  
- Antrag der CDU-Fraktion -

- 21 171 93/2006 Instandsetzung des Gehweges von der Orangeriestraße zur Poststraße  
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 22 171 94/2006 Umbauarbeiten in den Häusern Bilker Straße 7 und Poststraße 11  
- Antrag der CDU-Fraktion -
- 23 171 83/2006 Trampelpfad im Hofgarten von der Jacobistraße zur Reiterallee  
- Antrag der SPD-Fraktion -
- 24 171 84/2006 Baustelle ehemaliger Breidenbacher Hof  
- Antrag der SPD-Fraktion -
- 25 171 85/2006 Parkplätze während des Fischmarktes am Tonhallenufer  
- Antrag der SPD-Fraktion -
- 26 171 100/2006 Erneuerung bzw. Ausbesserung des Betonsteinpflasters im Bereich der Altstadt  
- Antrag der SPD-Fraktion -
- 27 171 99/2006 Planänderung auf dem Kasernengelände  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
- 28 171 101/2006 Information über Veränderungen an Gebäuden in Bereichen des Denkmal- oder Ensembleschutzes  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
- 29 171 102/2006 Immermannhof  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
- 30 171 103/2006 Die Welt zu Gast bei Freunden  
- Antrag Bündnis 90/Die Grünen -
- 31 171 104/2006 Entwicklungen und Planungen des Projektes Kö-Bogen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
- 32 171 86/2006 Fischmarkt am Tonhallenufer  
- Anfrage der SPD-Fraktion -
- 33 171 98/2006 Baumkappungen auf der Moltkestraße  
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
- 34 171 87/2006 Mitteilungen der Verwaltung zur Sitzung am 12.05.2006
- 35 Verschiedenes

**Anwesend:**

Herr	Blatz	SPD
Herr	Brune	CDU
Ratsfrau	Deilmann	Bü 90/ Grüne
Herr	Düsedau	SPD
Frau	Ernesti	CDU
Herr	Gieseler	SPD 1.stellv. Bezirksvorsteher
Herr	Haefs	CDU
Frau	Hoffmann	CDU
Frau	Kappen	FDP 2.stellv. Bezirksvorsteherin
Herr	Dr. Kloose	CDU
Frau	Landau	Bü 90/ Grüne
Frau	Mikoleit	CDU
Herr	Roehder	Bü 90/ Grüne
Frau	Schmidt	CDU Bezirksvorsteherin
Herr	Schneider	CDU
Herr	Schröder	SPD
Frau	Siehl	SPD
Herr	Tacer	SPD

**Es fehlte:**

Herr	Schulte-Firnenburg	Die Linke
------	--------------------	-----------

**Vom Rat:**

Ratsfrau	Homann	CDU
Ratsfrau	Jäger	CDU
Ratsfrau	Kammerevert	SPD
Ratsfrau	Kocks	FDP
Ratsherr	Krüger	REP
Ratsherr	Raub	SPD
Ratsfrau	Scheffler-Rother	SPD

**Presse:**

AZ-Verlag  
 Neue Rhein Zeitung  
 Rheinische Post  
 Westdeutsche Zeitung

**Verwaltung:**

Herr	Bringmann	Stadtplanungsamt
Frau	Genger	Mahn- und Gedenkstätte
Herr	Hartmann	Garten-, Friedhofs- und Forstamt
Frau	Heßmer	Amt für Verkehrsmanagement
Frau	Jakobs	Mahn- und Gedenkstätte
Frau	König	Bauaufsichtsamt
Frau	Kopperberg	Stadtplanungsamt
Frau	Urban	Stadtplanungsamt
Herr	von Zahn	Umweltamt
Frau	Vogt	Bezirksverwaltungsstelle 1
Frau	Ihme	Bezirksverwaltungsstelle 1

**I. Öffentlicher Teil**

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **Bezirksvorsteherin Schmidt** die Anwesenden und gratuliert **Herrn Gieseler** und **Frau Landau** nachträglich zum Geburtstag.

**Herr Gerlach**, Derendorfer Jonges, bedankt sich für den Zuschuss der Bezirksvertretung 1 zur Finanzierung der Festschrift und lässt diese jedem Mitglied der Bezirksvertretung zukommen.

**Herr Roehder** bittet, zu seiner Anfrage, TOP 33, Baumkappungen auf der Moltkestraße, Fotos der gekappten Bäume herumreichen zu dürfen.

**Frau Kappen** meldet zu der Vorlage Nr.61/81/2006, Bauantrag Freiligrathstraße 1 - Neubau eines Hotels - Beratungsbedarf an. Da es sich um eine Tischvorlage handelt, die Bürger demgemäß über die heutige Behandlung des Themas nicht informiert seien, wünscht sie auch keinen Vortrag der Verwaltung. Ob diese Vorlage in der heutigen Sitzung behandelt wird, muss per Abstimmung geklärt werden.

**Bezirksvorsteherin Schmidt** schlägt vor, sich die Vorstellung der Pläne durch die Verwaltung anhören, vorhandene Fragen zu stellen und erst dann Beratungsbedarf anzumelden.

**Frau Vogt** weist darauf hin, dass der zuständige Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung seine letzte Sitzung vor der Sommerpause am 31.05.2006 hat und somit eine Entscheidung herbeigeführt werden muss.

Es folgt die Abstimmung, ob die Vorlage 61/81/2006 heute in die Tagesordnung aufgenommen wird und ein Vortrag der Verwaltung erfolgen soll.

**Abstimmung:**

Ja	7 (CDU)
Nein	9 (5 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Enthaltungen	2 (1 CDU, 1 SPD)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 wünscht keine Behandlung der Vorlage 61/81/2006 in der heutigen Sitzung.

**Herr Brune** merkt an, dass es in seinem Antrag, TOP 16, "stadteinwärts" heißen muss. (Tagesordnungspunkt wurde nachträglich korrigiert.)

## 1 Anerkennung der Tagesordnung

Folgende Änderungen ergeben sich für die Tagesordnung:

Ergänzung:

TOP 37 Planung Öffentlichkeitsarbeit "Förderung Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungen"  
Vorlage 64/8/2006

TOP 38 Modernisierung der Stadteilbücherei Derendorf  
Blücherstraße 10  
Vorlage 60/54/2006

TOP 8 wird nach TOP 3 behandelt.

TOP 37 und 38 werden nach TOP 14 behandelt.

TOP 15 wird zurückgezogen.

TOP 27 wird zurückgezogen.

**Herr Blatz** meldet zu TOP 7 Beratungsbedarf für die SPD-Fraktion an.

Der TOP 22 beinhaltet einen Zahlendreher, es muss heißen Bilker Straße 11 und Poststraße 7.

Zu TOP 8 liegt als Tischvorlage ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Mit den vorgenannten Änderungen wird die Tagesordnung anerkannt.

## 2 Genehmigung der Niederschrift 03/2006 vom 07.04.2006

Mit nachstehenden Änderungen wird die Niederschrift einstimmig genehmigt.

Seite 7, zweiter Absatz muss heißen: **Frau Kappen** sieht massive verkehrliche Probleme bei der Anbindung der Entlastungsstraße an den Am Wehrhahn, während des U-Bahn-Baus und hält deshalb frühzeitige Informationen für wichtig.

Seite 9, Beschluss zu TOP 8 muss heißen: ..für Maßnahmen bis 500.000,00 €.

Seite 9, TOP 9, Ergänzung im ersten Absatz: .....mit, genutzt werde. Die Richtlinien für die Nutzung des Burgplatzes würden somit nicht eingehalten....

### 3 Zulassung von Sachverständigen

Sachverständige waren nicht zuzulassen.

### 8 Plan Nr. 5579/059 - Schlachthofgelände / Schlösserareal - Kooperatives städtebauliches Gutachterverfahren - Vorlage 61/ 71/2006 -

**Frau Kopperberg** trägt vor, dass bereits 2002 ein Gutachterverfahren durchgeführt wurde.

Das Ergebnis diene als Grundlage für den Bebauungsplanvorentwurf für das Schlösserareal.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sind ein Teil der Planungsinhalte, die damals aktuell waren, wie der Schlössersaal und die Hausbrauerei, überholt.

Da das Schlachthofgelände heute frei von Nutzungen ist, soll zur Qualitätssicherung ein erneutes Gutachterverfahren durchgeführt werden.

Ziel sei, die städtebauliche Arrondierung von Vorgaben aus der Planung auf dem Schlösserareal, wie auch die Entwicklung einer qualitätvollen Wohnbebauung auf dem Schlachthofgelände, in einem planerischen Gesamtkonzept darzustellen.

Der Auslobungstext wird der Bezirksvertretung zur Kenntnis gegeben.

Die Flächennutzungsplanänderung für das Schlösserareal basierte auf dem Bebauungsplan-Vorentwurf für das Schlösserareal. In den Grundzügen ist das Planungsziel unverändert.

Im Verlauf der Diskussion bringen die Fraktionen Vorschläge ein, die in den Auslobungstext des Gutachterverfahrens mit eingebracht werden und dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung zur Beschlussfassung vorgeschlagen werden sollen. Darüber wird im Folgenden einzeln abgestimmt.

**Herr Blatz** schlägt vor, neben den stimmberechtigten Ratsmitgliedern je einen Vertreter der entsprechenden Partei aus der Bezirksvertretung 1 (ohne Stimmrecht) zur Beratung einzuladen.

<b>Abstimmung:</b>	Ja	16 (6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 6 CDU, 1 FDP)
	Nein	2 (CDU)
	Enthaltungen	---

**Beschluss:** Neben den stimmberechtigten Ratsmitgliedern ist je ein Vertreter der entsprechenden Partei aus der Bezirksvertretung 1 (ohne Stimmrecht) zur Beratung einzuladen.

Für das Gutachterverfahren sollen zusätzlich 5 ungesetzte Teams eingebunden werden. **Frau Kopperberg** macht darauf aufmerksam, dass zur Art des Verfahrens der politische Beschluss (Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung), bereits gefasst worden sei.

<b>Abstimmung:</b>	Ja	10 (6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen,
--------------------	----	-------------------------------------

	1 FDP)
Nein	7 (CDU)
Enthaltungen	1 (CDU)

**Beschluss:** Es sind zusätzlich zu den mit dem Gutachterverfahren befassten Teams noch 5 weitere ungesetzte Teams einzubinden.

Vorgeschlagen wurde außerdem, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen.

**Frau Kopperberg** und **Herr Bringmann** bekunden, dass eine Bürgerbeteiligung nicht vor jeder Juryentscheidung zu leisten sei. Eine derartige Veranstaltung zu organisieren, bedeute einen erheblichen Zeitaufwand. Im Übrigen sei diese laut Gesetz im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens durchzuführen.

Möglich sei eine Information des Bürgers im Rahmen einer Ausstellung.

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Verwaltung hat den Bürger im Rahmen einer Ausstellung über das Gutachterverfahren zu informieren.

**Frau Kappen** schlägt vor, den Vorsitz der Jury keinesfalls Herrn Professor Petzinka zu übertragen, da dieser auf dem Nebengrundstück selber baue und möglicherweise eigene Interessen an der Gestaltung des Nachbargrundstückes habe.

**Bezirksvorsteherin Schmidt** weist darauf hin, dass man bei öffentlichen Diskussionen, die zu einer Beschlussfassung führen, nicht die Namen einzelner Personen thematisieren solle. Sie schlägt vor, dass man bei der Formulierung des Vorsitzes von einem "unabhängigen, neutralen Experten" sprechen solle.

<b>Abstimmung:</b>	Ja	17 (7 CDU, 6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
	Nein	---
	Enthaltungen	1 (CDU)

**Beschluss:** Der Vorsitz ist von einem unabhängigen, neutralen Experten wahrzunehmen.

Die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemachten Vorschläge zu den einzelnen Punkten der Verwaltungsvorlage kommen zur Abstimmung:

zu 4.1 Wohnungsbau

Auf dem Schlachthofgelände soll zu einem Drittel öffentlich geförderter Wohnungsbau geplant werden.

<b>Abstimmung:</b>	Ja	3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
	Nein	15 (8 CDU, 6 SPD, 1 FDP)
	Enthaltungen	---

**Wortlaut des abgelehnten Beschlusses:**

Auf dem Schlachthofgelände soll zu einem Drittel geförderter Wohnungsbau geplant werden.

## zu 4.2 Wohnungsbauerschließung und Stellplatzangebot

In einem Teilbereich des Geländes soll autofreies Wohnen angestrebt werden. Um den Parkdruck im Umfeld des Plangebietes zu verringern und den dortigen Straßenraum entsprechend umgestalten zu können, sollen zusätzliche Tiefgaragenplätze im Plangebiet geplant werden.

**Abstimmung:** Ja 3 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein 15 (8 CDU, 6 SPD, 1 FDP)  
Enthaltungen ---

**Wortlaut des abgelehnten Beschlusses:**

In einem Teilbereich des Geländes soll autofreies Wohnen angestrebt werden. Um den Parkdruck im Umfeld des Plangebietes zu verringern und den dortigen Straßenraum entsprechend umgestalten zu können, sollen zusätzliche Tiefgaragenplätze im Plangebiet geplant werden.

## zu 4.3, 4.4 Bürobaublöcke

Es soll ein größerer Schwerpunkt auf "Home-Office" Planung gesetzt werden. Anstelle von reinen Büroblocks sollten solche modernen Formen von Arbeiten und Wohnen ermöglicht werden.

**Abstimmung:** Ja 9 (5 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)  
Nein 9 (8 CDU, 1 SPD)  
Enthaltungen ---

**Wortlaut des abgelehnten Beschlusses:**

Es soll ein größerer Schwerpunkt auf "Home-Office" Planung gesetzt werden. Anstelle von reinen Büroblocks sollten solche modernen Formen von Arbeiten und Wohnen ermöglicht werden.

## zu 4.5

Auf die Hoteloption soll verzichtet werden.

**Abstimmung:** Ja 8 (5 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen)  
Nein 10 (8 CDU, 1 SPD, 1 FDP)  
Enthaltungen ---

**Wortlaut des abgelehnten Beschlusses:**

Auf die Hoteloption soll verzichtet werden.

## zu 4.1-4.5 ÖPNV-Anbindung

Hier wurde nach Beratung der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um den Zusatz : "und eventuell Busse" gekürzt.

Es soll eine bessere Anbindung an den S-Bahnhof Derendorf und die jenseits der Bahn liegenden Gebiete über eine neue Brücke für Fußgänger und Radfahrer über das Bahngelände in Richtung Liststraße erfolgen.

**Abstimmung:** Ja 13 (6 SPD, 3 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

Nein 3 (CDU)  
 Enthaltungen 2 (CDU)

**Beschluss:** Es soll eine bessere Anbindung an den S-Bahnhof Derendorf und die jenseits der Bahn liegenden Gebiete über eine neue Brücke für Fußgänger und Radfahrer über das Bahngelände in Richtung Liststraße erfolgen.

Weitere Punkte, die zur Abstimmung gekommen sind:

- Reduzierung der Büroflächen -

**Abstimmung:** Ja 11 (6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 CDU, 1 FDP)  
 Nein 7 (CDU)  
 Enthaltungen ---

**Beschluss:** Die vorgesehene Bruttogeschossfläche zur ausschließlichen Büronutzung ist zu verringern.

- Aufstellung von Wertstoffcontainern -

Im Laufe der Diskussion signalisiert die Verwaltung, dass sie keine Bedenken gegen die Auflagen in Bezug auf Standortberücksichtigung von Wertstoffcontainern hat.

**Abstimmung:** Ja 17 (8 CDU, 5 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)  
 Nein 1 (SPD)  
 Enthaltungen ---

**Beschluss:** Es sind geeignete Stellen für die Unterbringung von Wertstoffcontainern vorzusehen.

zu 4.9

Der vorliegende Antrag wird zurückgezogen und in Teilen neu formuliert.

**Herr Gieseler** weist darauf hin, dass man die gesamte Beziehung Schlachthof-Güterbahnhof nicht auf einzelne Objekte reduzieren sollte (der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei zu eng gefasst). Er verweist auf die Ergebnisse des speziell zu diesem Thema gegründeten Arbeitskreises der Bezirksvertretung 1. Vielmehr müsse, wenn man den geschichtlichen Hintergrund betrachte, der Gesamtkomplex vom Schlachthof zum Derendorfer Güterbahnhof betrachtet und entsprechend gewürdigt werden.

**Abstimmung:** Ja 13 (4 CDU, 6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen)  
 Nein 1 (FDP)  
 Enthaltungen 4 (CDU)

**Beschluss:** Es soll ein Gedenkort mit Verbindung zu den Grünflächen geplant werden, als Teil eines zu entwickelnden Gesamtkonzeptes, der das gesamte Geschehen der Deportation nachempfunden.



- Die Stellplatzverpflichtung soll nicht um 15 % reduziert werden -

**Abstimmung:** Ja 14 (7 CDU, 6 SPD, 1 FDP)  
Nein 3 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Enthaltungen 1 (CDU)

**Beschluss:** Die notwendige Stellplatzzahl soll nicht um 15 % reduziert werden.

Mit den vorstehenden Empfehlungen kommt die Bezirksvertretung zur Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage.

**Abstimmung:** Ja 15 (8 CDU, 6 SPD, 1 FDP)  
Nein ---  
Enthaltungen 3 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung, nachdem sie gem. § 3 Abs. 10 der Bezirkssatzung zum Auslobungstext für das kooperative, städtebauliche Gutachterverfahren - Schlachthofgelände und Schlösserareal - angehört wurde, mit den nachfolgend aufgeführten Anregungen, eine vorlagegemäße Beschlussfassung.

- Neben den stimmberechtigten Ratsmitgliedern ist je ein Vertreter der entsprechenden Partei aus der Bezirksvertretung (ohne Stimmrecht) zur Beratung einzuladen.
- Es sind zusätzlich zu den mit dem Gutachterverfahren befassten Teams, noch 5 weitere ungesetzte Teams einzubinden.
- Die Verwaltung hat den Bürger im Rahmen einer Ausstellung über die Ergebnisse des Gutachterverfahrens zu informieren.
- Der Vorsitz ist von einem unabhängigen, neutralen Experten wahrzunehmen.
- Es soll eine bessere Anbindung an den S-Bahnhof Derendorf und die jenseits der Bahn liegenden Gebiete über eine neue Brücke für Fußgänger und Radfahrer über das Bahngelände in Richtung Liststraße erfolgen.
- Die vorgesehene Bruttogeschossfläche zur ausschließlichen Büronutzung ist zu verringern.
- Es sind geeignete Stellen für die Unterbringung von Wertstoffcontainern vorzusehen.
- Es soll ein Gedenkort mit Verbindung zu den Grünflächen geplant werden, als Teil eines zu entwickelnden Gesamtkonzeptes, der das gesamte Geschehen der Deportation nachempfunden.
- Die notwendige Stellplatzzahl soll nicht um 15 % reduziert

werden.

#### 4 **Warenhaus Hartoch** - mündlicher Bericht - Vorlage 171 97/2006 -

**Frau Genger** von der Mahn- und Gedenkstätte informiert in einem Vortrag über die Historie des Warenhauses Hartoch.

Ausgelöst wurden ihre Recherchen durch ein Schreiben der Großnichte, Ellen Crew, der Gebrüder Simon und Theodor Hartoch. Diese regte an, an der Schneider-Wibbel-Gasse eine Tafel im Gedenken an die Familie Hartoch anzubringen, die dort 1905 aus kleinen Anfängen ein mit zentraler Glaspassage ausgestattetes modernes Kaufhaus "*Gebrüder Hartoch*" für Waren aller Art gründeten. Es war eines der eindrucksvollsten Gebäude in der Altstadt von Düsseldorf, zwischen Bolkerstraße, Flingerstraße und Marktplatz 8, welches vom Architekten Richard Hultsch gebaut worden war. Es spiegelte die Entwicklung des mit der schnellen Industrialisierung verbundenen bürgerlichen Mittelstandes und seinem Konsumverhalten wider. Das Schicksal der Angehörigen der Gründerfamilien dagegen steht für die deutsch-jüdische Tragödie.

Sie führt weiterhin aus, dass die Geschichte des jüdischen Warenhauses "*Gebrüder Hartoch*" - 60 Jahre nach seiner Gründung und ein Jahr vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten endet. Nicht die "Arisierungsmaßnahmen" des Nazi-Regimes werden dem Warenhaus zum Verhängnis. Wenn man die Daten der finanziellen Krisen bis hin zum Konkurs 1932 betrachtet, so könnten viel mehr die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der Grund für den Niedergang des Kaufhauses sein. Die Gebäude des ehemaligen Warenhauses Hartoch stehen jedoch nicht mehr. An der Stelle der Passage, findet sich heute die Schneider-Wibbel-Gasse.

Aufgrund der vorherigen Ausführungen ist festzustellen, dass das Warenhaus "Hartoch" und die Familie Hartoch Anteil an der Geschichte Düsseldorfs haben. Eine Gedenktafel wäre deshalb sinnvoll und auch wünschenswert.

Über die Gestaltung und den zu verwendenden Text gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Ob ein Foto mit Text, ein Verweis, wo man die Geschichte nachlesen kann, oder ein Porträt des Gründers gewählt werden sollte, bleibt zu klären.

<b>Abstimmung:</b>	Ja	17 (7 CDU, 6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
	Nein	---
	Enthaltungen	1 (CDU)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung, ihr ein Konzept für die Gestaltung einer Gedenktafel an das Warenhaus Hartoch, an der Schneider-Wibbel-Gasse, vorzustellen.

#### 5 **Bebauungsplan Nr. 5479/067 - Tannenstraße -** **Bürgerinformation; erneute Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung** - Vorlage 61/ 59/2006 -

**Bezirksvorsteherin Schmidt** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Urban vom Planungsamt.

**Herr Roehder** erläutert, warum die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen statt der geplanten 5 Netzumspannstationen den Bau von 1 bis 2 Blockheizkraftwerken auf Gasbasis befürworte.

Nachfragen von **Frau Landau** zum südlichen Zugang des Geländes, Durchlässe an der Mauer, Geschossigkeit der Gebäude und Erhaltung des Baumbestandes werden von **Frau Urban** wie folgt beantwortet:

Die in Rede stehende Mauer wird an mehreren Stellen durchbrochen und in Absprache mit der Denkmalbehörde als Durchgang geöffnet.

Die Gebäude, die den ehemaligen Reitplatz wie ein Hufeisen einschließen, werden dreigeschossig gebaut.

Die Außenmauern dieser Gebäude werden in ihrer Form erhalten, da sie unter Denkmalschutz stehen. Im dahinter liegenden Bereich kann neu gebaut werden.

Über die Nutzung des Torgebäudes gibt es noch keine konkreten Aussagen. Diese wird sich aber an die Ausweisung als "Allgemeines Wohngebiet" halten.

Durch den Wegfall der Tiefgarage unter dem allgemeinen Wohngebiet 3 (WA 3) konnten letztendlich große Bäume erhalten werden, was aber in der Endrechnung lediglich 2 Bäume ausmacht, da eine neue Tiefgarage unter dem Kerngebiet 1 (MK 1) hergestellt wird.

Weiterhin führt Frau Urban aus, dass mit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes der Anspruch der Bürger auf Information gewahrt sei. Ob und in welcher Form eine zusätzliche Veranstaltung erforderlich ist, muss noch verwaltungsintern geklärt werden. Vorgesehen ist eine offizielle Bürgerbeteiligung derzeit nicht.

Die Anbindung der sogenannten "Service-Road" an die Johannstraße ist an mehreren Stellen möglich. Die Machbarkeit wird jeweils in den Bauantragsverfahren geprüft.

Frau Deilmann verlässt den Sitzungsraum.

**Abstimmung:**

Ja	15 (8 CDU, 6 SPD, 1 FDP)
Nein	---
Enthaltungen	2 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung, nachdem sie gem. § 3 Abs. 10 Nr. 3 der Bezirkssatzung zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5479/067 - NDD-Landesgrundstück Tannenstraße - angehört wurde, eine vorlagegemäße Beschlussfassung unter Berücksichtigung folgenden Prüfauftrages:  
Die Verwaltung möge prüfen, ob die Energieversorgung nicht besser durch ein Blockheizkraftwerk sichergestellt werden könne.

**6 61/12-1854 - Nördliches Derendorf -  
Änderung Aufstellungsbeschluss - Vorlage 61/ 70/2006 -**

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung, nachdem sie gem. § 3 Abs. 10 Nr. 3 der Bezirkssatzung zur Änderung des Aufstellungsbeschlusses für das vorgenannte Gebiet angehört wurde, eine vorlagegemäße Beschlussfassung.

**7 Bebauungsplan Nr. 5578/041 - Neue Stadtquartiere Derendorf -  
Änderung Aufstellungsbeschluss; Bericht Öffentlichkeitsbeteiligung;  
Bericht Behördenbeteiligung; öffentliche Auslegung  
- Vorlage 61/ 66/2006 -**

Obwohl seitens der SPD-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt Beratungsbedarf angemeldet wurde, wird die Verwaltung gebeten, Änderungen im Bebauungsplanvorentwurf zu den bisher bekannt gewordenen Planungen vorzustellen.

**Bezirksvorsteherin Schmidt** begrüßt **Herrn Bringmann** vom Planungsamt, der folgende Änderungen vorträgt:

- Teilbereich B: die für Außengastronomie ausgewiesenen 2 Flächen wurden in 4 Flächen aufgeteilt, was aber in der Summe der Fläche identisch ist.
- Am Süden der Grünfläche wurde eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung ausgewiesen. Das bedeutet, dass dieser Teil der öffentlichen Grünfläche, bei dem es sich um eine Freitreppe handelt, die den großzügigen Auftakt zur Stadtgartenallee bildet, in die Zuständigkeit des Amtes für Verkehrsmanagement fällt.
- Teilbereich C: die gelbe Fläche in der Mitte des W 4 - Gebietes wurde als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung als Fußgänger- und Radweg ausgewiesen. Hier ist die Stadt Träger.
- Im Süden der Grünfläche, zwischen Planstraße A und der Entlastungsstraße wurde ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (GAL-Trasse) ausgewiesen. Unter dieser Fläche befindet sich ein alter Kanal. Normalerweise sei es nicht notwendig, in städtischen, öffentlichen Grünflächen solche Flächen festzusetzen, wegen des "Cross-Border-Leasings" wurde diese Ausweisung jedoch hier erforderlich.
- Das Umspannwerk wurde ebenfalls über ein Leitungsrecht mit der Planstraße verbunden.
  
- Der mittlere Bereich der öffentlichen Grünfläche zwischen Planstraße und Entlastungsstraße wurde als Spielbereich ausgewiesen.
- Teilgebiet D: nördlich der Jülicher Brücke wurde ebenfalls eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung für eine Fußgänger- und Radfahranbindung zwischen Brücke und Stadtgartenallee festgesetzt.

**Herr Blatz** führt aus, dass seitens seiner Fraktion noch Beratungsbedarf bezüglich der Anbindung der Knotenpunkte an die Entlastungsstraße bestehe. Diese Planungen sollten nochmals im Detail vorgestellt werden. Auch seien die Bürger nicht ausreichend informiert, wie es seinerzeit in der Bürgerbeteiligung zugesagt worden sei. Die Baustelleneinrichtung solle, auch wenn es nicht üblich sei, vorgestellt werden. Man halte es für unverzichtbar sowohl die Bezirksvertretung als auch die Bürger über die geplante Baustelleneinrichtung, die damit verbundene Verkehrsführung und Lärmbelastung ausführlich zu informieren. Man lasse sich auch nicht darauf ein, den 1. Bauabschnitt vorgestellt und erst später Informationen zu Planungen des 2. Bauabschnitts vorgelegt zu bekommen. Beide Ausbaustufen sollten mit den konkreten Plänen gemeinsam

dargelegt werden.

**Herr Bringmann** beantwortet verschiedene Fragen zur Ausführung der Lärmschutzmaßnahmen (z.B. die Höhe einer Lärmschutzwand entlang der Bahn-  
gleise).

Zu weiteren Fragen, wie Fertigstellung des Spielbereichs parallel zur Wohnbebauung, die Möglichkeit der Errichtung eines Bolzplatzes führt **Herr Bringmann** aus, dass die Fertigstellung des Spielbereichs im städtebaulichen Vertrag, auch in Bezug auf die Realisierung der Wohnbebauung, geregelt werde, die Errichtung eines Bolzplatzes jedoch aufgrund der Nähe zur geplanten Wohnbebauung aus Lärmschutzgründen nicht möglich sei. Auf Nachfrage bestätigt **Herr Bringmann**, dass die Anbindungen für Fußgänger und Radfahrer sowohl an der Franklinbrücke als auch an der Jülicher Brücke behindertengerecht ausgeführt werden. Zur Frage nach der Möglichkeit einer Untertunnelung des Gebietes teilt **Herr Bringmann** mit, dass solche Überlegungen bereits vor Beginn des damaligen Werkstattverfahrens von seiten der Bundesbahn ausgeschlossen worden seien und dass eine derartige Maßnahme den finanziellen Rahmen des Projektes sprengte.

**Herr Blatz** fasst zusammen, dass seine Fraktion nach wie vor Beratungsbedarf habe und fordert erneut, dass die Anbindung der Verkehrsknotenpunkte, an die Entlastungsstraße (insbesondere "Am Wehrhahn") dem Gremium anhand von Plänen vorgestellt werde. Die Entscheidung der Verwaltungsvorlage solle vertagt werden.

Aus den vorgenannten Gründen sei Beratungsbedarf gegeben, deshalb solle die Entscheidung über die Verwaltungsvorlage vertagt werden.

Diesem Vorschlag stimmen die Mitglieder der Bezirksvertretung zu.

#### **9 Bebauung des Rheinmetallgeländes im Stadtteil Derendorf - Planungsbeschluss - Vorlage 66/ 65/2006 -**

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 empfiehlt dem Ordnungs- und Verkehrsausschuss, die Verkehrsplanung im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklung des Rheinmetallgeländes gemäß Lageplan S 2983/116 zu beschließen.

#### **10 Attraktivierung der Graf-Adolf-Straße im Bereich zwischen Königsallee und Karl-Rudolf-Straße / Oststraße - Planungsbeschluss - Vorlage 66/ 60/2006 -**

**Bezirksvorsteherin Schmidt** hält es für begrüßenswert, dass sich dort ansässige Gebäudeeigentümer und gewerbliche Mieter zusammengeschlossen hätten, die an dem Zustand "ihrer" Straße aktiv etwas ändern wollen.

Herr Düsedau verlässt den Sitzungsraum.

Es wird befürchtet, dass der Straßenraum zu verplant sei, um zukünftig Platz für Radwege zu bieten. Es lägen keine Informationen darüber vor, ob man bei den Planungen um den Stresemannplatz herum an eine Aufwertung der Ostseite gedacht habe. Weiterhin möge die Verwaltung prüfen, ob eine Optimierung

der Ampelschaltung an der Königsallee / Graf-Adolf-Straße möglich sei. Dort habe man die Straße bei zwei Ampelphasen, die sehr kurz geschaltet seien, zu überqueren.

Herr Düsedau betritt den Sitzungsraum.

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 empfiehlt dem Ordnungs- und Verkehrsausschuss die Maßnahmen zur Aufwertung der Graf-Adolf-Straße im Bereich zwischen Königsallee und Karl-Rudolf-Straße/Oststraße gemäß Plan-Nummer S 1781-110 zu beschließen.

**11 Ausbau eines Ersatzstandortes für Taxen auf der Harkortstraße  
- Vorlage 171 79/2006 -**

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Verlegung der 10 Taxenstellplätze von der Bismarckstraße in die Harkortstraße gemäß Plan Nr.: S 1842/101.

**12 Neugestaltung Münsterplatz  
- Vorlage 171 82/2006 -**

**Herr Hartmann** vom Garten-, Friedhofs- und Forstamt führt aus, dass man seitens der Verwaltung versuchen wolle, diesen Spielplatz, der seit Jahren in einem unbefriedigendem Zustand sei, mit Hilfe des Förderprogramms des Landes NRW neu zu konzipieren. Die drei vorliegenden Varianten einer Gestaltung stellen lediglich einen Vorentwurf dar, auf dessen Basis erst die konkrete Planung erfolgen soll. Diese wird dann der Bezirksvertretung abschließend zur Beschlussfassung vorgestellt. Zweck ist es heute zunächst die Ziel

richtung der Planung zu definieren. Probleme sehen die Mitglieder zu den einzelnen Darstellungen in Bezug auf Feinstaub und Lärmimmissionen bei offener Bauweise.

Herr Schneider verlässt den Sitzungsraum.

Allerdings besteht Einigkeit darüber, dass der neu zu gestaltende Platz hohe Aufenthaltsqualität und keine Nischenbildung haben solle. Eine starke soziale Kontrolle wird für wichtig erachtet. Deshalb sollte auf jeden Fall der Kiosk bis zu einem endgültigen Abriss nicht mehr geöffnet werden.

Herr Schneider betritt den Sitzungsraum.

**Abstimmung:** Ja 15 (8 CDU, 6 SPD, 1 FDP)  
Nein 1 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Enthaltungen 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 entscheidet sich für die Vorentwurfsvariante 1 mit der Auflage, den Kiosk zu schließen bzw. geschlossen lassen bleiben und abzureißen. Ferner wird die Verwaltung beauftragt die Planung zu erarbeiten und die

entsprechenden Fördermittel zu beantragen.

**13 Bücherbummel auf der Königsallee im Jahre 2006**  
- Vorlage 171 80/2006 -

**Abstimmung:** Ja 15 (8 CDU, 6 SPD, 1 FDP)  
Nein 1 (Bündnis 90/Die Grünen)  
Enthaltungen 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Festsetzung des "21. Bücherbummels" auf der Königsallee als Spezialmarkt gemäß § 68 Abs. 1 der Gewerbeordnung zu folgenden Zeiten:  
Aufbau 06. bis 07. Juni 2006  
Abbau 12. Juni 2006  
Laufzeit 08. bis 11. Juni 2006  
Öffnungszeit werktags von 10.00 Uhr bis 20.00 Uhr  
am Sonntag, dem 11.06.2006, von 11.00 Uhr bis 20.00 Uhr

**14 Bauliche Maßnahmen zur Einrichtung der Offenen Ganztagschule in Düsseldorfer Grundschulen sowie in Förderschulen mit Primarstufe**  
- Vorlage 60/ 63/2006 -

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

**37 Planung Öffentlichkeitsarbeit "Förderung Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungen"**  
- Vorlage 64/8/2006 -

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

**38 Modernisierung der Stadtteilbücherei Derendorf - Blücher Straße 10**  
- Vorlage 60/54/2006 -

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 empfiehlt dem Rat der Stadt die Modernisierung der Stadtteilbücherei Derendorf, Blücher Straße 10 mit Gesamtkosten in Höhe von 566.000,00 Euro.

**15 Schulcontainer Humboldt-Gymnasium - Tischvorlage -**  
- Vorlage 171 95/2006 -

Wegen der vorliegenden Information der Verwaltung wurde der Tagesordnungspunkt abgesetzt.

**16 Eingeschränktes Haltverbot auf der Münsterstraße zwischen Rather Straße und Ulmenstraße in Fahrtrichtung stadteinwärts**  
- Antrag der CDU-Fraktion - Vorlage 171 81/2006 -

Herr Düsedau macht einen Vorschlag zur Ergänzung des Antrages der CDU-Fraktion: Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auf der Münsterstraße zwischen Rather Straße und Ulmenstraße in Fahrtrichtung stadteinwärts ein eingeschränktes Haltverbot eingerichtet und in diesem Zusammenhang die

rechte Fahrspur vor der Rather Straße als reine Rechtsabbiegespur markiert werden kann.

Die Abstimmung erfolgt über den weitergehenden Antrag.

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob auf der Münsterstraße zwischen Rather Straße und Ulmenstraße in Fahrtrichtung stadteinwärts ein eingeschränktes Haltverbot eingerichtet und in diesem Zusammenhang die rechte Fahrspur vor der Rather Straße als reine Rechtsabbiegespur markiert werden kann.

**17 Baustelleneinrichtung und Baustellenverkehr Tersteegenstraße  
- Antrag der CDU-Fraktion- Vorlage 171 105/2006 -**

**Herr Haefs** führt aus, dass bei der künftigen Behandlung der Baustelle unbedingt darauf zu achten sei, die Anwohner möglichst wenig zu belästigen. Herr Gieseler merkt an, dass die Bezirksvertretung sich bisher mehrfach darum bemüht habe, das bekannte Problem der Bürger mit der Verwaltung zu lösen. Da aber keine Verbesserung erreicht worden sei, werden sich die Anwohner an den Anregungs- und Beschwerdeausschuss wenden.

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung, ihr zu berichten, wo die zukünftige Baustelle für die Neubauten an der Tersteegenstraße (ehemalige Ärzteversorgung) eingerichtet werden und wie die Zufahrt bzw. Abfahrt der Baufahrzeuge geregelt werden soll.

**18 Verkehrssicherheit im Bereich der Verkehrsinsel Blücherstraße/ Parkstraße - Antrag der CDU-Fraktion -Vorlage 171 88/2006 -**

Frau Deilmann betritt den Sitzungsraum.

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung zu prüfen, welche Maßnahmen getroffen werden können, um eine Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Verkehrsinsel Blücherstraße/Parkstraße zu erreichen.

**19 Gehweg entlang der Berger Allee in Richtung Stadtmuseum  
- Antrag der CDU-Fraktion - Vorlage 171 91/2006 -**

Der Antrag wird zurückgestellt, da zunächst ein Ortstermin geplant ist.

**20 Instandsetzung des Gehweges im Bereich Berger Allee bis Carlstor  
- Antrag der CDU-Fraktion - Vorlage 171 92/2006 -**

Der Antrag wird zurückgestellt (siehe TOP 19).

**21 Instandsetzung des Gehweges von der Orangeriestraße zur Poststraße**



**- Antrag der CDU-Fraktion - Vorlage 171 93/2006 -**

Der Antrag wird zurückgestellt (siehe TOP 19).

**22 Umbauarbeiten in den Häusern Bilker Straße 7 und Poststraße 11  
- Antrag der CDU-Fraktion - Vorlage 171 94/2006 -**

**Frau Mikoleit** teilt mit, dass es Bilker Straße 11 und Poststraße 7 heißen muss.

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung mitzuteilen, welche Umbauarbeiten in den Häusern Bilker Straße 11 und Poststraße 7 vorgenommen werden.

**23 Trampelpfad im Hofgarten von der Jacobistraße zur Reiterallee  
- Antrag der SPD-Fraktion - Vorlage 171 83/2006 -**

**Frau Vogt** führt aus, dass das zuständige Fachamt die Einrichtung eines offiziellen Weges aus denkmalpflegerischer Sicht kritisch sieht. Gerade dort habe Maximilian Weyhe die einzige Möglichkeit gehabt, bei seiner Gestaltung des Hofgartens auf eine größere Rasenfläche zurückzugreifen. Man wolle die Entwicklung beobachten, um dann gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt einzuschreiten.

Dem halten die Mitglieder der Bezirksvertretung entgegen, dass sie es schon jetzt für notwendig halten geeignete Maßnahmen zu ergreifen, da der "Trampelpfad" stark frequentiert werde.

**Bezirksvorsteherin Schmidt** regt an, den Antrag als Prüfantrag weiterzuleiten, da die Hofgartensatzung und der Denkmalschutz berücksichtigt werden müssen.

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob durch geeignete Maßnahmen der entstandene "Trampelpfad" im Hofgarten von der Jacobistraße zur Reiterallee in einen Gehweg umzuwandeln ist.

**24 Baustelle ehemaliger Breidenbacher Hof  
- Antrag der SPD-Fraktion - Vorlage 171 84/2006 -**

**Frau Vogt** teilt mit, dass die Litfaßsäule sobald die Stadtwerke den Strom abgeschaltet hätten, abgebaut werde. Dies soll kurzfristig geschehen.

Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen.

**25 Parkplätze während des Fischmarktes am Tonhallenufer  
- Antrag der SPD-Fraktion - Vorlage 171 85/2006 -**

**Frau Vogt** gibt folgende Information:

Die Parkplätze der Verkehrswacht (4 Stunden-2,50 €) stehen zur Verfügung. Diese waren während der letzten Veranstaltung nicht vollständig belegt. Soll-

ten diese belegt sein, wird durch ein Schild im Einfahrtbereich Josef-Beuys-Ufer darauf hingewiesen, dass die Parkhäuser von E-On und der Viktoria-Versicherung (Preise von 2002 - 1,00€ je Std. bzw. 4 Std. 2,00 €) benutzt werden können. Im Übrigen bestehe eine gute ÖPNV-Anbindung.

Der Antrag wird daraufhin zurückgestellt.

**26 Erneuerung bzw. Ausbesserung des Betonsteinpflasters im Bereich der Altstadt**  
**- Antrag der SPD-Fraktion - Vorlage 171 100/2006 -**

**Abstimmung:** Ja 17 (8 CDU, 6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen)  
 Nein ---  
 Enthaltungen 1 (FDP)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung, für die Erneuerung bzw. Ausbesserung des Betonsteinpflasters im Bereich der Altstadt, insbesondere der Flinger Straße, Bolkerstraße, Kurze Straße, Andreasstraße und Marktstraße und deren Querstraßen vorrangig Sorge zu tragen. Hier sind große Fugen und Brüche, sowie Absenkungen im Bereich von Revisionsschächten und zahlreichen Gittern festzustellen. Auch in den Laufflächen befinden sich häufig deutliche Absenkungen (z.B. Abgang zum U-Bahnhof Heinrich-Hein-Allee, Lauffläche Hunsrückstraße Richtung Andreasstraße, Querabsenkungen auf der Flinger Straße u.a. in Höhe eines Discounters).

**27 Planänderung auf dem Kasernengelände**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage 171 99/2006 -**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**28 Information über Veränderungen an Gebäuden in Bereichen des Denkmal- oder Ensembleschutzes**  
**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage 171 101/2006 -**

**Bezirksvorsteherin Schmidt** weist darauf hin, dass die Aussage im letzten Satz der Begründung so nicht richtig sei. Die dort angelegten Parkplätze, wovon einer behindertengerecht sei, dienen als Standort für den Rundfunkübertragungswagen und seien seinerzeit in der Vorlage der Verwaltung dargestellt worden. Sie weist auch darauf hin, dass die Verwaltung wesentliche Veränderungen an den genannten Standorten unmittelbar an die Bezirksvertretung weitergebe. Eine Forderung, wie im vorliegenden Antrag sei seitens der Verwaltung nicht zu leisten und auch nicht sinnvoll. Im Übrigen stehe das Heinrich-Heine-Haus nicht unter Denkmalschutz.

**Frau Deilmann** macht noch einmal deutlich, dass es ihr lediglich um einen Bericht über Maßnahmen des Denkmal- oder Ensembleschutzes gehe.

**Abstimmung:** Ja 4 (1 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen)  
 Nein 13 (8 CDU, 4 SPD, 1 FDP)  
 Enthaltungen 1 (SPD)

**Wortlaut des abgelehnten Beschlusses:**

Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung, sie rechtzeitig über wesentliche Veränderungen an Gebäuden bei Um- oder Neubauten zu informieren, insbesondere dann, wenn sie in Bereichen Denkmal- oder Ensembleschutz liegen oder stadtbildprägend sind.

## 29 Immermannhof

### - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage 171 102/2006 -

**Bezirksvorsteherin Schmidt** erinnert daran, dass sich die Bezirksvertretung 1 nach dem Ortstermin für die einfache Lösung (Auffüllen der Gesamtfläche) ausgesprochen hat.

**Abstimmung:**

Ja	3 (Bündnis 90/Die Grünen)
Nein	15 (8 CDU, 6 SPD, 1 FDP)
Enthaltungen	---

#### **Wortlaut des abgelehnten Beschlusses:**

Die Bezirksvertretung 1 spricht sich dafür aus, die Grünanlage am Immermannhof nicht kurzfristig mit einfachen Mitteln umzugestalten, sondern eine anspruchsvollere Gestaltung zu planen, die den architektonisch wenig attraktiven Ort deutlich aufwertet und mit dem neu gestalteten Konrad-Adenauer-Platz korrespondiert.

## 30 Die Welt zu Gast bei Freunden

### - Antrag Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage 171 103/2006 -

**Frau Vogt** teilt das Ergebnis einiger Recherchen mit:

Seitens der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH (DMT) sind keine speziellen Pläne zur Beflaggung vorgesehen.

Die Stadt Düsseldorf besitzt selbst keine eigenen Flaggen mehr, vielmehr werden die für eigene Veranstaltungen benötigten Flaggen gegen Entgelt bei der DMT ausgeliehen.

Einige Mitglieder halten es für wichtig, diesen Antrag positiv zu sehen, weil damit der Personenkreis unterstützt werde, der sich engagiert. Dies auch unter der Voraussetzung, dass für die Stadt Kosten entstehen. Die Begründung des Antrages solle dahingehend modifiziert werden. Andere halten die dafür entstehenden Kosten für zu hoch.

**Abstimmung:**

Ja	10 (6 SPD, 1 FDP, 3 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein	8 (CDU)
Enthaltungen	---

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 spricht sich dafür aus, die Altstadt gemäß dem Motto der Fußballweltmeisterschaft "Die Welt zu Gast bei Freunden" in Absprache mit den Akteuren der Altstadt (Altstadtgemeinschaft, Altstadtmarketing GmbH) während der Zeit der Fußballweltmeisterschaft mit internationalen Flaggen oder Wimpeln zu schmücken.

**31 Entwicklungen und Planungen des Projektes Kö-Bogen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage 171 104/2006 -**

**Abstimmung:** Ja (einstimmig)

**Beschluss:** Die Bezirksvertretung 1 bittet das Planungsdezernat, in die nächste Sitzung der Bezirksvertretung einen offiziellen Vertreter zu entsenden, um umfassend über die Entwicklungen und Planungen des Projektes "Kö-Bogen" zu informieren und den Bezirksvertretern die Möglichkeit zu geben, die derzeit noch offenen Fragen zu klären.

**32 Fischmarkt am Tonhallenufer  
- Anfrage der SPD-Fraktion - Vorlage 171 86/2006 -**

**Frau Vogt** beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.) Da keine weiteren Marktveranstaltungen am Tonhallenufer/Stadtteil Pempelfort erfolgen, wird das gesetzlich vorgeschriebene Gebot des größeren Zeitabstandes zwischen den Märkten eingehalten.

zu 2.) Der Veranstalterin des Fischmarktes wurde im Rahmen des Pachtvertrages aufgegeben, die Bereitstellung des Frischwassers und Entsorgung des Abwassers umweltgerecht zu lösen. Sie nimmt hierfür die Dienste der Stadtwerke in Anspruch. Hinsichtlich der Abfallentsorgung ist in vollem Umfang die AWISTA beauftragt.

zu 3.) Es ist festzustellen, dass der Fischmarkt einmal im Monat stattfindet und zwar von April bis November. Der jeweilige Veranstaltungstag ist ein Sonntag. Vergleicht man den durchschnittlichen Kfz-Verkehr an einem Sonntag mit einem Wochentag, beträgt das allgemeine Verkehrsaufkommen lediglich rund 60 %. Das heißt, die Luftschadstoffbelastung an einem Sonntag ist gegenüber den kritischen Werktagen deutlich reduziert.

Die Feinstaub-Auswirkungen im Stadtbezirk 1 durch den zum Tonhallenufer verlagerten Fischmarkt sind daher unerheblich, zumal in der Vergangenheit bereits Fahrten zum Fischmarkt im Medienhafen auf ihrer Route auch den Stadtbezirk 1 berührt haben.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Frau Ernesti verlässt die Sitzung.

**33 Baumkappungen auf der Moltkestraße  
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage 171 98/2006 -**

zu 1.) Die Rückschnittmaßnahmen an den in Rede stehenden Kugelakazien wurden erforderlich, da starke Astausbrüche in den vergreisten Kronen zu befürchten waren. Durch die Schnittmaßnahme sollen die Bäume zu einem neuen, lebensverlängernden Kronenaufbau angeregt werden.

zu 2.) Der Zeitpunkt für die Maßnahme - hier: 09.03.2006- ist für diese Baumart unerheblich.  
Das Frühjahr begann in diesem Jahr ungewöhnlich spät, so dass außerdem keine Nistaktivitäten zum besagten Zeitpunkt festgestellt werden konnten.

Eine Nachfrage, ob der Rückschnitt von Bäumen auch über die Baumschutzsatzung geregelt sei, wurde verneint.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

### **34 Mitteilungen der Verwaltung zur Sitzung am 12.05.2006 - Vorlage 171 87/2006 -**

**Herr Schröder** fragt zu den Ausführungen zum Thema "Container Humboldt-Gymnasium" nach, warum in der Vorlage nicht erwähnt worden sei, dass auf Veranlassung des Gemeindeunfallversicherungsverbandes (GUV) die Container seinerzeit zur Nutzung gesperrt worden seien. Außerdem fehle eine Information darüber, wann mit der Entfernung der Container zu rechnen sei.

**Herr von Zahn** berichtet, dass auf Veranlassung des Umweltamtes, des Gesundheitsamtes und des betriebsärztlichen Dienstes angeordnet worden sei, die Container in den Sommerferien zu lüften. Um diese Maßnahme zu beschleunigen, sei gleichzeitig die Heizungsanlage angestellt worden. Nicht beachtet worden sei dabei, dass zu diesem Zeitpunkt die Schulsekretärin noch dort arbeitete. Wegen der hohen Außentemperaturen, war ein Arbeiten dort nicht mehr zumutbar, sodass auf Veranlassung des Gemeindeunfallversicherungsverbandes die Container gesperrt worden seien. Nach den Sommerferien stand der Öffnung und Nutzung der Container, nach Prüfung durch Umwelt- und Gesundheitsamt nichts mehr im Wege, da die vorgenommenen Messungen keine auffälligen Werte ergeben hätten. Da aber die Unruhe an der Schule und in der Elternschaft sehr groß gewesen sei, habe man sich - obwohl die Werte im Normalbereich lagen - dazu entschlossen die Container zu schließen.

Die Frage nach dem Abtransport könne dahingehend beantworten, dass der Vertrag mit dem Vermieter gekündigt sei, in dieser Sache aber noch Verhandlungen zwischen Stadt und Vermieter geführt werden. Wann die Container weggeschafft werden, könne er nicht beantworten.

#### **Prinz-Georg-Straße - Baumfällung**

Die Aussagen des Amtes für Verkehrsmanagement nehmen die Mitglieder der Bezirksvertretung zwar zur Kenntnis, möchten aber weitere Prüfungen vor Baumfällung durchgeführt sehen. **Frau Vogt** schlägt eine Ortstermin am 16.05.2006, 14:00 Uhr vor.

Diesem Termin stimmen die Bezirksvertretungsmitglieder zu.

#### **Clara-Schumann-Musikschule - Parkplatz**

**Frau Vogt** teilt mit, dass dem Bauausschuss in der Sitzung am 30.05.06 eine Beschlussvorlage vorgelegt werde. Inhalt: Der Ausbau soll 297.00,00 € kosten. Baubeginn wäre August 2006. Diese Vorlage liege zurzeit noch zur Prüfung bei der Kämmerei. Da Mittel in den Haushalt eingestellt seien, dürfe es bei der Freigabe kein Problem geben.

**Frau Vogt** gibt bekannt, dass am 11.05.2006 die Gedenktafel an der Mauer des Schlachthofes angebracht worden sei.

**Die Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung am 03.03.2006:**

Wie wird der Baustellenverkehr Schinkel-/Schirmerstraße geregelt?  
und die

**Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 03.03.2006:**

- Wie sind die Baustellen der Derendorfer Stadtquartiere und der dortige Baustellenverkehr geregelt?
- Welche Maßnahmen hat die Verwaltung ergriffen, um die Lärm- und Staubbelastung für die AnwohnerInnen zu minimieren?
- Werden diese Maßnahmen auch für die weiter geplanten Baumaßnahmen in diesem Bereich angewendet?

beantwortet **Frau Vogt** wie folgt:

- Dem Amt für Verkehrsmanagement liegt noch kein Auftrag zur Einrichtung einer Baustelle vor. Sobald Näheres bekannt ist, wird die Bezirksvertretung 1 entsprechend informiert.
- Die Einrichtung von Baustellen bzw. deren Verkehre sind im Baurecht nicht geregelt. Demgemäß können entsprechende Auflagen nicht gemacht werden. Nach Einschätzung der Fachverwaltung befinden sich auf dem in Rede stehenden Gelände so viele Brachflächen, dass es unproblematisch sein dürfte, die Verkehre dort abzuwickeln.
- Die Abbrucharbeiten beinhalten u.a. folgende Standardauflagen:  
Die eventuelle Nutzung des öffentlichen Straßenraumes ist beim Amt für Verkehrsmanagement zu beantragen.  
Die nähere Umgebung ist unbedingt vor Belästigung durch Staubentwicklung zu schützen. Das Abbruchmaterial ist dem Abbruchfortschritt entsprechend anzunässen.
- Entsprechend gelten die vorgenannten Bestimmungen auch für weitere Baumaßnahmen in diesem Bereich.

**35 Verschiedenes**

**Frau Vogt** gibt bekannt, dass der Annahmeschluss für die nächste Sitzung auf den 24.05.2006 vorverlegt worden sei.

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung, am 09.06.2006, findet wieder im Sitzungssaal des Hauptausschusses statt.

**Frau Kappen** bittet um Informationen zu dem im Ehrenhof aufgestellten Zelt (anlässlich des Schumann-Festivals).

**Herr Dr. Klose** fragt nach, ob es nicht möglich sei, die Sitzungsunterlagen schon vor Erstellung der Tagesordnung zu versenden. **Frau Vogt** verneint diese Anfrage, da die Bezirksvorsteherin erst mit Erstellung der Tagesordnung festlege, was tatsächlich in der Sitzung behandelt werde.

**Herr Düsedau** fragt nach, ob es nicht möglich sei, die Büsche entlang des Radweges Graf-Adolf-Straße zwischen Königsallee und Breitestraße zurückzuschneiden. Außerdem bittet er um Information wann der Mast der Lichtzeichenanlage an der Giradetbrücke versetzt werde.

**Bezirksvorsteherin Schmidt** nimmt noch einmal Stellung zur Nichtbehandlung der Vorlage Nr.61/81/2006, "Bauantrag Freiligrathstraße 1-Neubau eines Hotels".

Da der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung am 31.05.2006 das letzte Mal vor der Sommerpause tagte und möglicherweise zur Beschlussfassung komme, habe man heute die Chance vertan, das Projekt vorgestellt zu bekommen und die Möglichkeit nicht wahrgenommen, Empfehlungen auszusprechen.

**Ende der öffentlichen Sitzung:            18:50 Uhr**